

Tunnelbohrer Wilhelmine ist wieder da

Die Tunnelbohrmaschine steckte nach einer Havarie auf der Strecke der Rheintalbahn unter der Erde fest.

Sie steckte fast sieben Jahre unter der Erde fest und wird nun freigelegt: Nach einer Havarie im Jahr 2017 in einem Tunnel unterhalb der Rheintalbahn sind erste Teile der damals verschütteten und dann einbetonierten Tunnelbohrmaschine wieder zum Vorschein gekommen. Mit der Freilegung und Demontage des Tunnelbohrers namens Wilhelmine werde eine wichtige Voraussetzung für den Weiterbau an der Ost- röhre des Tunnels Rastatt geschaffen, wie die Bahn am Mittwoch bei einem Vor-Ort-Termin mitteilte. Das Schneidrad ist bereits zu sehen, das nun mit Schneidbrennern zerlegt wird. Der Rest von „Wilhelmine“ wird in den nächsten Monaten ausgegraben und gleichzeitig Zug um Zug abgebaut. Wie viel die seit vielen Monaten vorbereitete Bergung kostet, ist noch unklar.

Zu der Havarie war es am 17. August 2017 im Zuge des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn gekommen: Die Tunnelvortriebsmaschine hatte für den Bau der Ost- röhre eine Gleistrasse der bestehenden Rheintalbahn unterquert, als sich unvermittelt die Gleise absenkten. Der Verkehr auf einer Hauptverbindung zwischen den Nord- seehäfen und Italien stand rund sieben Wochen still. Um den Schaden zu begrenzen und den Boden zu stabilisieren, pumpten Arbeiter rund 10 500 Kubikmeter Beton auf 160 Meter Länge in die Röhre – in der noch die Tunnelbohrmaschine steckte.

Seither war ein umfangreiches Konzept erarbeitet worden, um die Ost- röhre im Zuge des milliardenschweren Ausbaus der Rheintal- bahn zwischen Karlsruhe und Basel weiter- bauen zu können. Sie soll in offener Bau- weise bis 2026 fertiggestellt werden. Dafür hebt die Bahn an der Stelle mit der einbetonierten Maschine eine 200 Meter lange und 16 Meter tiefe Baugrube aus, legt „Wilhelmine“ und die zubetonierte Röhre weiter frei und demontiert Maschine wie auch Röhre. Die Teilstücke wiegen jeweils rund 200 Tonnen. Die Rheintalbahn ist eine der wichtigs- ten Nord-Süd-Achsen im europäischen Eisenbahnnetz. Die Strecke zwischen Karlsru- he und Basel nutzen täglich mehr als 300 Güter-, Fern- und Nahverkehrszüge. dpa

BGH bestätigt Missbrauchsurteil

KARLSRUHE/TÜBINGEN. Die Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten gegen einen Mann ist rechtskräftig, der seine Sexpartne- rin zum sexuellen Missbrauch ihrer kleinen Tochter angestiftet haben soll. Der Bundes- gerichtshof (BGH) bestätigte in einem am Mittwoch in Karlsruhe veröffentlichten Bes- chluss ein Urteil des Landgerichts Tübingen. Bei den Taten war das Mädchen zwi- schen sieben und elf Jahre alt. Laut Anklage geschahen die Taten zwischen 2013 und 2018. Die Staatsanwaltschaft hatte den bei- den in dem teils nicht öffentlichen Verfahren vorgeworfen, die Tochter der Frau serienwei- se bei Sexdates in Altensteig südwestlich von Stuttgart dabeigeht zu haben. lsw

Finanzämter im Land auf dem letzten Platz

STUTTGART. Die Finanzämter in Baden- Württemberg haben sich bei der Bearbeitung von Einkommensteuererklärungen für das Jahr 2022 besonders viel Zeit gelassen: 54 Tage dauerte dies im Schnitt im vergange- nen Jahr. Der Südwesten belegte damit im aktuellen Länderranking des Bundes der Steuerzahler den letzten Platz gemeinsam mit Niedersachsen.

Landeschef Eike Möller sagte am Mitt- woch in Stuttgart, der Rückfall vom 13. auf den nun letzten Platz sei bedenklich und eine Entwicklung in die falsche Richtung. „Und er zeigt hinsichtlich der anderen Bun- desländer ja auch, dass es durchaus gelingen kann, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen.“ Am schnellsten sind der Erhebung zufolge die Finanzbehörden in Berlin. Die Finanz- ämter in der Hauptstadt benötigen im Schnitt 39 Tage, gefolgt von den Ämtern in Hamburg (41,8 Tage) und Thüringen (43,2).

Ein Sprecher des Finanzministeriums sagte, die Bearbeitungszeiten stellten immer eine Momentaufnahme dar, die zahlreichen – teilweise nur vorübergehenden Einflüssen – unterliegen. „Für uns ist entscheidend, dass die Steuerbescheide gründlich und richtig bearbeitet werden.“ lsw

Wohnraum, Verkehr und Flüchtlinge

Was beschäftigt die Menschen vor der Kommunalwahl? Das war die Frage im aktuellen BaWü-Check. Dabei scheint das Interesse an der Wahl am 9. Juni groß zu sein.

Von Annika Grah

Bezahlbarer Wohnraum, der Ärzteman- gel, die Unterbringung von Flüchtlingen und das Nahverkehrsangebot – das sind die Fragen, die den Menschen im Land mit Blick auf die Kommunalwahl unter den Nägeln brennen, wie aus dem aktuellen BaWü-Check hervorgeht. Damit treibt wie in früheren Befragungen aus der Reihe das Thema Wohnen die Menschen am meisten um. Hohe Preise und hohe Mieten vor allem in Städten und Ballungsräumen gehören für die Bürgerinnen und Bürger im Land nach wie vor zu den drängendsten Problemen.

In der aktuellen Umfrage befanden nun 62 Prozent der Befragten, dass sich Verwal- tung und Politik vor Ort als Allererstes um bezahlbaren Wohnraum kümmern sollte, gefolgt vom Ärztemangel (45 Prozent). Die Flüchtlingssituation besser zu bewältigen und den öffentlichen Nahver- kehr auszubauen, halten je- weils 38 Prozent für wichtige Themen. Etwa ein Drittel halte Lehrerman- gel, Pflegeheime und Schulgebäude für be- sonders wichtig.

Dabei geht die Gewichtung der Anliegen bei der Bevölkerung in Stadt und Land er- wartbar weit auseinander. Für Menschen im ländlichen Raum spielt der Ausbau des Nah- verkehrs (50 Prozent) die größte Rolle. In Städten ist es der bezahlbare Wohnraum. Und in Großstädten wird – wenig überr- aschend – die Bekämpfung der Kriminalität als deutlich wichtiger erachtet als bei der Dorfbevölkerung.

Die Umfrage wird mehrfach im Jahr vom Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Ta- geszeitungen durchgeführt.

Dieses Mal ging es um die Themen, die die Menschen vor der Kommunalwahl am 9. Juni beschäftigen. In vielen Kommunen blasen die Parteien und Wählervereinigungen aktu- ell zum Wahlkampfauftakt. Spätestens kom- menden Monat werden Wahlunterlagen und Wahlbenachrichtigungen verschickt. Die je- nach Gemeinde recht umfangreichen Stimmzettel erhalten die Bürgerinnen und Bürger in der Regel vorab.

Und das Interesse der Menschen an der Kommunalwahl ist vergleichsweise groß. Die Wahlbeteiligung könnte der Umfrage zu- folge ähnlich hoch ausfallen wie 2019. 62 Prozent der Befragten sind entschlossen, ihre Stimme abzugeben, noch einmal 21 Pro- zent halten es für wahrscheinlich, dass sie wählen gehen. „Die aktuellen Absichtserklä- rungen deuten jedoch darauf hin, dass die Wahlbeteiligung zumindest das Niveau von 2019 erreicht oder über- trifft“, heißt es von den Experten in Allensbach. Allerdings beschäftigen sich die Bürger in der Re- gel erst kurz vor dem Ter- min mit der Wahl, sodass noch keine belastbare Prognose für die Betei- ligung oder für die Rich- tung der Wahlentschei- dung möglich sei. Die Be- fragung wurde wie immer auf die baden-württem- bergische Bevölkerung ab 18 Jahre gestützt. Bei der Kommunalwahl wählen aber schon 16-Jährige. Da die Unter-18-Jährigen aber nur zwei Prozent der Wahlberechtigten aus- machen, werden die Ergebnisse den Anga- ben zufolge dadurch nicht beeinflusst.

Die Antworten auf die Frage nach der Par- teipräferenz sind eher als Stimmungsbild und nicht als „Sonntagsfrage“ wie bei Bun- des- oder Landtagswahlen zu werten. Auf die Frage, welche Partei für sie infrage käme, ga- ben 27 Prozent der befragten Wahlberech- tigten die CDU an, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. Die AfD landet mit 13 Prozent auf Platz vier, gleichauf mit den Freien Wählern. 11 Pro- zent der Befragten können sich vorstellen, Kandidaten der FDP zu wählen. Fünf Prozent wollen sich für eine andere Partei entschei- den, und der Rest will nicht wählen oder ist noch unentschlossen. Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich.

Trotzdem sind die Antworten auch schwer mit den Ergebnissen der vorigen Kommunalwahl vergleichbar. Denn bei der Kommunalwahl können die Stimmen im

Die Wahl- beteiligung bei der Kommunal- wahl könnte der Umfrage zufolge ähnlich hoch ausfallen wie im Jahr 2019.

Die Antworten auf die Frage nach der Par- teipräferenz sind eher als Stimmungsbild und nicht als „Sonntagsfrage“ wie bei Bun- des- oder Landtagswahlen zu werten. Auf die Frage, welche Partei für sie infrage käme, ga- ben 27 Prozent der befragten Wahlberech- tigten die CDU an, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. Die AfD landet mit 13 Prozent auf Platz vier, gleichauf mit den Freien Wählern. 11 Pro- zent der Befragten können sich vorstellen, Kandidaten der FDP zu wählen. Fünf Prozent wollen sich für eine andere Partei entschei- den, und der Rest will nicht wählen oder ist noch unentschlossen. Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich.



Das Thema Wohnraum treibt insbesondere die Menschen in den Städten um, der öffentliche Nahverkehr wiederum beschäftigt eher Menschen auf dem Land. Foto: imago/Westend61/W. Dieterich

BaWü-Check

BAWÜ-CHECK

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligen sich 55 Tageszeitungen.

Zeitraum Vom 12. bis 20. März 2024 wurden 1029 Menschen online in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Onlinepanels, die Stichprobe ist durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus des Jahres 2022.

Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und konnten über einen darin enthaltenen Link zur Ausfüllung des Onlinefragebogens mit 13 Fragen gelangen. ang

Gegensatz zu anderen Wahlen auf einzelne Kandidaten ganz unterschiedlicher Listen verteilt werden. Zudem nehmen auch Wählervereinigungen an der Kommunalwahl teil, parteiähnliche, aber parteiunabhängige Vereinigungen, die unter Umständen ähnliche Themen besetzen wie die Parteien und damit deren Anhänger ansprechen.

Das Wahlverhalten bei der Kommunalwahl ist zudem nicht mit dem bei Landtags- oder Bundestagswahlen vergleichbar, da die Wähler die handelnden Personen, aber auch die Themen besser kennen. So ist es auch nicht überraschend, dass in der Umfrage 68 Prozent der Wahlwilligen ihre Entscheidung von den Zielen und Programmen der Kandidaten vor Ort abhängig machen wollen. Für 54 Prozent ist die Haltung zu bestimmten Projekten relevant, die ihnen persönlich besonders wichtig sind. Zwar strahlt die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung aus. 39 Prozent machen ihre Entscheidung von der Politik auf Bundesebene abhängig. Nur knapp jedem Fünften geht es aber um die Parteizugehörigkeit der Kandidaten.

Ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auf das Geschehen vor Ort halten die Befragten indes für beschränkt. Trotz wachsender Bürgerbeteiligung auch in Kommunen haben 73 Prozent den Eindruck, keinen oder weniger großen Einfluss zu haben. Nur 21 Prozent finden, dass sie große oder sehr große Einflussmöglichkeiten haben. Selbst für die Kommunalwahl zu kandidieren kommt nur für 25 Prozent der Befragten infrage.

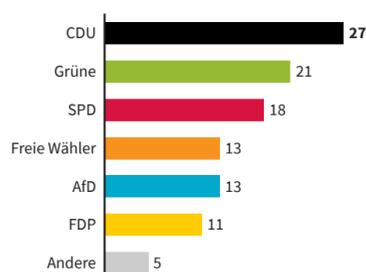
Dabei finden 56 Prozent der Befragten es „toll“, wenn Menschen sich für ihre Gemeinde engagieren“. Nur gut ein Drittel glaubt, dass Kommunalpolitik nicht von Parteipolitik bestimmt ist – und ebenso viele glauben, dass Kommunalpolitiker vor allem eigene Interessen verfolgen. Ein Viertel hält die Kommunalpolitik für unentbehrlich, aber 14 Prozent glauben, dass die Kommunalpolitik keinen Einfluss hat. Der Gemeinderat ist in Baden-Württemberg das Hauptorgan der Kommune, er entscheidet über konkrete Angelegenheiten wie etwa den Bau von Kitas oder den kommunalen Haushalt.

Und während soziale Medien ansonsten eine große Rolle spielen, wird in der Kommunalpolitik den klassischen Medien eine große Bedeutung zugeschrieben. 82 Prozent halten es für wichtig oder sehr wichtig, dass dort ausführlich über das Geschehen in der Kommune berichtet wird. 58 Prozent der Befragten informieren sich in der lokalen oder regionalen Tageszeitung über das Geschehen in ihrem Wohnort, 49 Prozent in Amts- und Mitteilungsblättern der Gemeinden, 38 Prozent suchen die Informationen in sozialen Netzwerken, obwohl diese nur 18 Prozent für vertrauenswürdig halten. Das höchste Vertrauen genießen lokale und regionale Tageszeitungen bei 59 Prozent der Befragten.

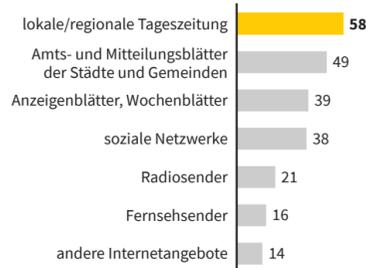
Im BaWü-Check wird auch regelmäßig die Stimmung im Land abgefragt. Die Zukunftsaussichten bewerten die Befragten angesichts der multiplen Krisen nach wie vor wenig rosig. Skepsis und Besorgnis überwiegen bei den Befragten (55 Prozent). 30 Prozent blicken mit Hoffnungen auf die nahe Zukunft. Seit dem BaWü-Check im Dezember hat sich die Stimmung damit nicht nennenswert aufgehellt. Die Jüngeren im Alter zwischen 30 und 44 Jahren sind deutlich optimistischer. Hier blicken 44 Prozent mit Hoffnungen in die Zukunft.

STIMMUNGSBILD VOR DER KOMMUNALWAHL

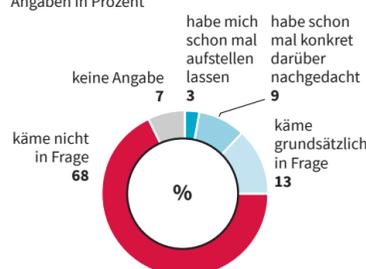
Welche Partei(en) kämen für Sie bei der Kommunalwahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?
Angaben in Prozent



Wo informieren Sie sich, wenn es um das Geschehen bei Ihnen vor Ort geht?
Angaben in Prozent



Könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, sich bei einer Kommunalwahl als Kandidat aufstellen zu lassen?
Angaben in Prozent



Grafik: Biber

Was spielt für Ihre Wahlentscheidung vor allem eine Rolle, worauf achten Sie da?
Angaben in Prozent



Worum müssten sich Politik und Verwaltung bei Ihnen vor Ort vor allem kümmern?
Angaben in Prozent



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: IfD-Allensbach